

Interview: Gary Kaufmann
Bild: Nils Vollmar

Ab dem 1. Januar 2024 soll die monatliche Nutzungsgebühr für die Glasfaser-Teilnehmeranschlussleitung (TAL), welche die Internet Service Provider (ISP) pro Kunde monatlich an die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) bezahlen, um 22 Prozent (von 18 auf 21,95 Franken ohne MwSt.) erhöht werden. Im Interview, erschienen am 5. Oktober im «Vaterland», machte LKW-Geschäftsführer Gerald Marxer die ISP für die beim Ausbau des Glasfasernetzes entstandenen Mehrkosten verantwortlich. Eine Aussage, welche sie so nicht stehen lassen möchten. Sechs von neun Providern in Liechtenstein haben sich im Vaduzer Medienhaus getroffen, um Stellung zu beziehen und darauf hinzuweisen, in welche Bedrängnis sie die auferlegte Preiserhöhung bringt. Vertreten wurden sie durch André Beck (Vestra ICT/Plus), Stefanos Moutaftsidis (Hoi Internet), Ravi Pascarella (Li-Life), Dominik Müller-Weich (Supranet), Franz Brosi (Qualitynet) und Patrick Widmer (TV-Com/Dorfnetz). Die Anwesenden treten im Interview auf ihren Wunsch hin als gemeinsame Stimme auf.

Es geht in diesem Interview um die Erhöhung der Nutzungsgebühr für die Glasfaser: Was möchten Sie gleich zu Beginn unseren Lesern mitteilen?

Internet Service Provider (ISP): Wir finden es schade, dass wir im Vorfeld nicht über die Preiserhöhung informiert wurden und schliesslich vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Nun werden die Mehrkosten für den Glasfaserausbau einfach auf uns abgewälzt.

Warum ist der Aufschlag von 22 Prozent aus Provider-Sicht nicht hinnehmbar?

Es gilt zu bedenken, dass der Kunde die Preiserhöhung immer mit der Mehrwertsteuer bezahlen muss. Dann sind wir nicht bei 21,95, sondern bei 23,72 Franken. Es geht hier auch nicht um den Glasfaseranschluss an sich, sondern um die Teilnehmeranschlussleitung (TAL). Als diese noch aus Kupfer war, betrug die Gebühr 13,30 Franken. Bei Glasfaser beträgt der aktuelle Preis 18 Franken – jeweils ohne Mehrwertsteuer. Das war schon ein ordentlicher Aufschlag und jetzt soll das Entgelt noch einmal drastisch erhöht werden. Ausserdem reden wir hier nur vom niedrigsten Servicelevel (Problemlösung innerhalb von drei Arbeitstagen), die anderen haben wir bis jetzt ausgeklemmt.

LKW-Geschäftsführer Gerald Marxer hat im «Vaterland»-Interview die Provider für die Erhöhung der Glasfaser-Netzgebühr verantwortlich gemacht, weil diese einen schnellen Ausbau gefordert haben. Können Sie das bestätigen?

Ja, wir sind gefragt worden, ob wir einen schnellen Ausbau wollen, und haben uns dafür ausgesprochen. Der ursprüngliche Plan sah eine Umsetzung des Glasfasernetzes bis 2032 vor und die Analyse hat ergeben, dass der bestehende Bedarf wegen der steigenden Datenmengen bis dahin gar nicht gedeckt wird. Allerdings haben wir dem schnelleren Ausbau nur unter der Prämisse zugestimmt, dass es nicht teurer wird. Die LKW präsentierten 2017 einen Businessplan mit Kosten von 35 Millionen Franken, geworden sind es über 50 Prozent mehr (56 Millionen Franken, Anmerkung der Redaktion). Einen Vollausbau, wie er umgesetzt wurde, haben wir nie gefordert.

Schieben Sie den Schwarzen Peter jetzt wieder zurück?

Wir möchten lediglich klarstellen, dass wir nicht die Kostenverursacher sein können, weil wir in dieser Hinsicht überhaupt kein Mitspracherecht und auch keine Einsicht in die Zahlen hatten. Wir müssen uns wie die Bevölkerung nun jedoch auf die Preiserhöhung vorbereiten.

Halbjährlich wurde das Planungsgremium, dem die ISP angehören, über den Ausbaustand informiert. Hätte da nicht auffallen oder behandelt werden müssen, dass das Budget überzogen wird?

Innerhalb des Planungsgremiums ist es vor allem um technische Aspekte gegangen. Es wurde diskutiert, in welcher Reihenfolge und unter welchen Normen der Ausbau erfolgt. Die Finanzkompetenz lag ganz klar aufseiten der LKW und wir haben uns darauf verlassen, dass sie sich an das Budget halten. Obwohl wir in den Sitzungen konkrete Angaben zu den Kosten gefordert ha-

ben, wimmelten die LKW immer ab und versicherten uns, dass alles nach Plan läuft und dies nicht Sache des Gremiums sei. Es wäre falsch, wenn jetzt der Eindruck entsteht, dass in diesem Gremium über Geld geredet oder gestritten wurde. Die einzigen Zahlen, die wir erhalten haben, waren jene zu Beginn des Ausbaus 2017 und ein Update 2019. Damals wurden wir darüber informiert, dass mehr Nutzungseinheiten erschlossen werden (22 000 statt 19 000). Der Preis von 18 Franken wurde gefestigt und uns mitgeteilt, dass allfällige Mehrkosten von den LKW übernommen werden.

Mittlerweile gibt es im Land 25 000 Nutzungseinheiten, also 30 Prozent mehr als ursprünglich angenommen wurden. Warum sind es so viel mehr geworden?

Über die Kalkulation der LKW können wir wenig sagen, aber sie müssen sich verschätzt haben. Eigentlich ist klar, dass dort, wo es einen Stromanschluss gibt, auch Glasfaser hinkommt. Wenn man von einem maximalen Ausbau ausgeht, hätten ihnen die endgültigen Nutzungseinheiten also bekannt sein müssen. Im Interview hat Gerald Marxer gesagt, dass sich die Investitionssumme pro Anschluss nicht gross verändert habe und mehr Anschlüsse bedeuten am Ende ja auch wieder mehr Umsatz. Er geht auch nicht davon aus,

dass der schnellere Ausbau oder die Beauftragung von externen Mitarbeitern einen Einfluss auf den Preis hatten. Insofern sind die Mehrkosten für uns nicht nachvollziehbar.

Zu Beginn wollten die LKW eine Netzgebühr von 25 Franken einfordern, während des Ausbaus hat man sich auf 18 Franken geeinigt. War nicht klar, dass nach Fertigstellung des Netzes eine neue Preisanalyse erfolgen wird?

Als 2017 von 25 Franken die Rede war, gab es massiven Widerstand von allen Providern. Kurz darauf haben die LKW 18 Franken vorgeschlagen und wir sind mit dieser Erhöhung des Preises der Telefonleitung/Kupfer (13,30 Franken) einverstanden gewesen, um miteinander den Glasfaserausbau zu finanzieren. Uns war schon bewusst, dass danach eine Regulierung erfolgen muss. 2019 haben die LKW den Preis von 18 Franken jedoch noch einmal bestätigt. Deshalb sind wir davon ausgegangen, dass es dabei bleibt und sie die Mehrkosten tragen werden. Es ist unseres Wissens nie protokolliert worden, dass sich der Preis nach dem Ausbau ändern wird.

In den Stellungnahmen an das Amt für Kommunikation (Regulator) zeigen sich viele Provider von der Preiserhöhung überrascht. War diese hinsichtlich der Mehrkosten wirklich nicht absehbar?

Nein, in keiner Art und Weise. In den Sitzungen des Planungsgremiums war nie von einer Preiserhöhung die Rede. Wir haben erst durch die Konsultation des Amtes für Kommunikation vom 18. Juli 2023 davon erfahren. Das ist unser grösster Kritikpunkt, dass wir Provider nicht früher in die Diskussion eingebunden und transparent über die effektiven Kosten informiert wurden. Dann hätte man Lösungen finden können. Doch wir hatten keine Einsicht und es war auch nicht im Interesse der LKW, dass uns das etwas angeht.

Warum nicht?

Die LKW haben in Liechtenstein eine Monopolstellung für Glasfaser-TAL, womit die Provider im

Land nicht auf einen anderen Anbieter ausweichen können. Es ist europaweit einzigartig, dass der Staat respektive eine seiner Gesellschaften ein Glasfasernetz betreibt. Wir können zwar eine Stellungnahme abgeben, dass uns die Preiserhöhung nicht passt. Wenn aber die LKW und das Amt anderer Meinung sind, müssen wir das zwangsläufig schlucken, die Konsequenzen daraus ziehen und uns Gedanken machen, wie wir damit umgehen.

In den Stellungnahmen haben Sie Vergleiche mit Angeboten aus der umliegenden Schweiz gemacht, um zu zeigen, dass es auch günstiger geht. Laut dem Amt und den LKW bleiben Sie jedoch Nachweise schuldig, dass es sich dabei um vergleichbare Leistungen handelt. Was sagen Sie zum Vorwurf, dass die Provider Äpfel mit Birnen vergleichen?

Weil die relevanten Zahlen der LKW geschwärzt wurden, blieb uns nichts anderes übrig, als einen Vergleich der Endpreise zu machen. Und wenn die LKW ihr Netz nur bis zum Gebäude ausbauen (FTTB) und andere Anbieter günstiger bis in die Wohnung verlegen (FTTH), sprich mehr Leistung zu einem tieferen Preis liefern, ist der Fall klar. Die LKW haben die kostengünstigste Variante gebaut und sind trotzdem teurer. Wir haben mit Quellen und Links transparent nachgewiesen, von wo wir



«Wir sind nicht die Kostenverursacher»

Zwei Drittel der Internet Service Provider (ISP) nehmen Stellung zur Erhöhung der Nutzungsgebühr für die Glasfaser-Teilnehmeranschlussleitung der LKW. Im Interview erklären sie, weshalb nun deshalb die Abopreise nach oben müssen.

«Schliesslich wurden wir Internet Service Provider vor vollendete Tatsachen gestellt.»

«Wir haben dem schnelleren Ausbau nur unter der Prämisse zugestimmt, dass es nicht teurer wird.»



die Informationen haben. Man kann von uns auch nicht erwarten, dass wir die detaillierten Businesspläne von anderen Elektrowerken erhalten. Ausserdem kann dieser Vorwurf auch an die LKW und das Amt zurückgegeben werden. Ihre Vergleiche mit Angeboten aus anderen Ländern sind ebenfalls nicht belegbar und man findet immer eine Statistik, die zur eigenen Argumentation passt.

Wurde mit den LKW über den Bau eines FTTH-Netzes diskutiert?

Ja, aber schon zu Beginn des Ausbaus war für das Planungsgremium absehbar, dass eine Leitung bis in die Wohnung mit dem von der Regierung bewilligten Budget nicht finanzierbar war. Man hat sich deshalb für die kostengünstigste Variante entschieden und die LKW waren glücklich darüber, weil sie keine Endkunden bedienen wollten. Für die LKW war der Ausbau so deutlich einfacher, sie mussten die Glasfasern in den meisten Fällen nur noch in bereits bestehende Kabelrohre in den Strassen und bis in den Keller verlegen. Sie mussten keine Glasfaserdosen im Haus installieren.

Damit hat sich der Aufwand für die Provider erhöht.

Das stimmt, alle ISP sind in Vorleistung gegangen und haben die Hausinstallation für den Endkunden (OTO-Glasfaserdose) in vielen Fällen übernommen. Dies mit dem Hintergedanken, dass die Gebühren bei 18 Franken bleiben und nicht, dass diese nach dem Ausbau noch einmal hochgehen. Dass das Glasfasernetz in Liechtenstein so ein Erfolg geworden ist, hängt zu einem grossen Teil mit unseren Vorleistungen zusammen. Hätten wir nicht die Installation der OTO-Glasfaserdose übernommen und die Kunden mit aufwendigem Marketing davon überzeugt, wäre die Zwangsmigration auf die neue Technologie länger gegangen und es hätte mehr Widerstand aus der Bevölkerung gegeben. Wenn wir die Kosten für die Teilnehmeranschlussleitung, die weiteren Gebühren an die LKW und alle anderen Kosten abziehen, dauert es bei einem Standardabo mindestens 1,5 Jahre, bis wir diese enorme Vorleistung wieder

finanziert haben. Erst danach können wir den Umsatz für die Deckung der übrigen Kosten nutzen.

Die Netznutzungsgebühr soll per Anfang 2024 erhöht werden. Wie hoch wäre danach der Anteil am gesamten Abopreis und welche Margen bleiben den ISP noch?

Ein Grossteil der Kunden haben ein Standardabo für 49,90 Franken; die Preise sind bei allen Anbietern ähnlich. Mit der Nutzungsgebühr für den Glasfaser-Teilnehmeranschluss und weiteren Gebühren, welche wir ihnen bezahlen, müssen wir an die LKW insgesamt rund 50 bis 60 Prozent abgeben. Und für diesen Anteil erhalten wir nur die nackte Glasfaser bis zum Haus ohne Funktion, damit ist das eigentliche Produkt (das Internet) und unser Service noch nicht bezahlt. Viele vergessen auch, dass wir Mitarbeiter haben, denen wir Löhne bezahlen müssen. Genauso müssen wir Büroflächen mieten, die Infrastruktur im Hintergrund betreiben und das Internet (Upstream) einkaufen, das ist auch ein wesentlicher Kostenpunkt.

Der Druck nimmt zu durch die steigenden Kosten. Lässt sich unter solchen Bedingungen überhaupt noch rentabel wirtschaften?

Es ist auf alle Fälle eine Herausforderung. Wir rechnen alle mit sehr spitzen Bleistiften und die

«Dass das Netz ein Erfolg geworden ist, hängt zum grossen Teil mit den Vorleistungen der ISP zusammen.»

Excel-Tabellen qualmen. Nachdem wir beim Umstieg von Kupfer auf Glasfaser die Erhöhung von 13,30 auf 18 Franken hingenommen haben, können wir nun nicht noch einmal eine Preissteigerung zu unseren Lasten hinnehmen.

Sprich die Provider werden jetzt ihre Abopreise erhöhen. Müssen Sie den Anstieg bei der Glasfaser-TAL komplett auf den Endkunden abwälzen?

Einerseits geht jeder Provider individuell damit um, andererseits ist nicht nur die Glasfaserleitung teurer geworden. Im Hintergrund gibt es viele zusätzliche Kosten, die sich summieren. Wir Provider werden wohl also nicht nur die höhere Abgabe an die LKW eins-zu-eins, sondern mehr umwälzen müssen. Wir müssen jetzt alles genau anschauen.

Die Standardabos werden also mindestens um zehn Franken, sprich um über 20 Prozent erhöht?

Wenn wir alleine die Mehrkosten für die Glasfaser-TAL weiter verrechnen würden, könnten die Preise für ein Standard-Abos zum Beispiel von 49,90 auf 59,90 Franken steigen. Wenn man so möchte, ist es die neue Forderung der LKW, die eine gewisse Preiserhöhung für Endkunden nötig macht.

In Liechtenstein gibt es zurzeit neun ISP. Ist das nicht zu viel Wettbewerb für so ein kleines Land und haben sich die Provider durch Preissenkungen nicht selbst unter Druck gesetzt?

Wenn 2012 die Swisscom ins Land gekommen wäre, müssten die Endkunden jetzt garantiert höhere Preise bezahlen und die Wertschöpfung wäre nicht, wie es jetzt der Fall ist, im Land geblieben. So sind gemäss der Marktstatistik 2021 in Liechtenstein 178 Vollzeitstellen in dieser Branche besetzt. Es ist doch schön, wie der Markt in den vergangenen Jahren gespielt hat und die Kunden davon profitieren konnten. Jetzt schlägt das Pendel halt in die andere Richtung. Unsere Marge ist davor schon sehr knapp gewesen und jetzt müssen wir den Gürtel noch einmal enger schnallen. Qualität hat ihren Preis. Wenn wir diese erhalten möch-

ten, müssen wir Provider unsere Preise nach oben anpassen.

Das neue Standortangebot ist so gut wie fix und soll noch diesen Monat verordnet werden. Lässt sich die Preiserhöhung bei der Netznutzungsgebühr noch verhindern?

Das Amt für Kommunikation hat das Okay für die Preiserhöhung schon gegeben und die Überwachungsbehörde ESA wird auch nichts dagegen haben. Wir warten also eigentlich nur noch auf die Verfügung, damit es offiziell ist. Der Mist ist also schon geführt und wir müssen uns darauf einstellen, dass die Preiserhöhung definitiv kommt.

Wie müssen die ISP bei einer Preiserhöhung ihrer Abos vorgehen und wird diese, wie das höhere Entgelt an die LKW, per Anfang 2024 erfolgen?

Wir müssen das Amt für Kommunikation im Vorfeld über die Preisänderung in Kenntnis setzen. Endkunden mit bestehenden Verträgen müssen wir ebenfalls frühzeitig informieren. Die entsprechenden Kalkulationen sind bereits erfolgt. Die Endkunden müssen mit einer Preiserhöhung ab Anfang 2024 rechnen.

Die neu angefachte Preisschlacht und dass die Endkunden wegen der Preiserhöhung ihre Verträge kündigen können, wird wohl den Markt aufmischen.

Vielleicht wird es einen Wirbel geben, dass die Endkunden zwischen den verschiedenen Providern wechseln. Mitunter bringt das für den Endkunden einen Vorteil, aber der grosse Gewinner wäre aber wiederum die LKW, weil wir ihnen für die Aufschaltung eines Anschlusses jeweils eine Gebühr bezahlen müssen. Sie profitieren von jedem Wechsel.

Die Provider sind Kunden der LKW. Sind Sie grundsätzlich zufrieden mit dem Service und wird die Zusammenarbeit durch die laufende Diskussion gestört?

Der LKW-Service ist gut und die Mitarbeitenden der Kommunikationsabteilung, mit denen wir täglich zu tun haben, verdienen durchaus ein Lob. Allerdings nicht zu jedem Preis. Uns ist ausserdem wichtig, zu betonen, dass wir nicht grundsätzlich das Modell infrage stellen. Es macht es um einiges unkomplizierter, wenn es nur einen Netzbetreiber im Land gibt. Nur findet wir es schade, dass die LKW den Ansatz «Friss oder Stirb» verfolgen. Letztlich fallen die höheren Gebühren immer auf den Endkunden zurück und das geht bei der ganzen Diskussion manchmal unter. Wir, nicht die LKW haben die Verträge mit ihnen und stehen jetzt vor der ungunstigen Situation, die Verträge anzupassen und ihnen die Situation erklären zu müssen.

Abschlussfrage: Wie lauten die konkreten Forderungen der Provider an den Staat respektive an die LKW?

Glasfaser gehört heutzutage zur Grundinfrastruktur wie Wasser und Strom. Internet ist weitaus mehr als der Webbrowser auf dem Computer. Von E-Banking bis zu PV-Anlagen und Bildung läuft alles darüber. Wie wichtig es ist, merkt man erst, wenn es einmal nicht funktioniert. Es sollte daher im Interesse des Staats als Eigner der LKW sein, dass die Abopreise fürs Internet tief bleiben und die ganze Bevölkerung Zugriff darauf hat. Unsere Forderung ist daher klar: Der Eigner und die LKW müssen eine Lösung für die entstandenen Mehrkosten beim Glasfaserausbau finden und diese übernehmen, wie uns das 2019 kommuniziert wurde. Die LKW hätten trotz des neuen Standardangebots immer noch die Möglichkeiten, von den Providern weiterhin nur 18 Franken oder weniger zu verlangen. Zudem wünschen wir uns, dass man rechtzeitig auf uns Provider zukommt und gemeinsame Lösungsansätze bespricht.

«Wir Provider werden mehr als nur die höhere Abgabe an die LKW umwälzen müssen.»